

II-8002 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4068 N

1989 -06- 3 0

A N F R A G E

der Abgeordneten Burgstaller
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Piloten des Bundesministeriums für Inneres

Mit 1. Juli 1988 ist in der Besoldung und in der Flugzulageneinstufung der Piloten des Bundesheeres folgende Änderung eingetreten:

Alle Hubschraubereinsatzpiloten wurden flugzulagenmäßig in die Flugzulagenstufe 10 eingestuft.

Für Piloten, welche Überschallflugzeuge fliegen, wurde eine Flugzulagenstufe 11 geschaffen.

Darüberhinaus wurden alle Heerespiloten mit gültigem Luftfahrtschein (Heerespilotenlizenzinhaber) hinsichtlich ihrer Truppendienstzulage gleichgestellt und diese in fünffacher Höhe genehmigt. Diese Zulage ist auch pensionsfähig.

Da die Piloten des Bundesministeriums für Inneres in ihrer dienstlichen Tätigkeit die gleiche Aufgabe durchführen, müßte an sich die gleiche Entlohnung selbstverständlich gewährt werden.

Mit dem Bundesminister für Inneres a.D. Karl Blecha wurde am 18. Juli 1988 in der Flugeinsatzstelle Klagenfurt ein grundsätzliches Gespräch über die Gleichstellung hinsichtlich der Entlohnung der Piloten des Bundesministeriums für Inneres und der Heerespiloten geführt.

- 2 -

Das Bundesministerium für Inneres hat am 24. November 1988 einen Antrag auf Änderung des § 73 a Gehaltsgesetz 1956 im Hinblick auf die beim Bundesministerium für Inneres als Piloten verwendeten Beamten an das Bundeskanzleramt gestellt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e:

- 1) Warum wurde die von Ihnen beantragte Zulagenerhöhung für die Piloten des Bundesministeriums für Inneres bisher noch nicht durchgeführt?
- 2) Werden Sie sich für eine rückwirkende Gleichstellung der Piloten des Bundesministeriums für Inneres mit den Heerespiloten hinsichtlich der Besoldung und der Zulagen verwenden?
- 3) Was hat Ihr Ressort seit dem 24. November 1988 unternommen um für die 35 Piloten des Bundesministeriums für Inneres die gehaltliche Situation zu verbessern um eine Gleichstellung zu erreichen?